

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 38

Duisburg, den 17. September 1921

22. Jahrgang

## Valuta, Exportindustrie und Bankwelt

Als die Nachricht von dem Besuch des amerikanischen Finanzverständigen Vanderlip in Berlin veröffentlicht wurde, wurde zugleich die deutsche Valuta in der Schweiz bis auf 6 geworfen, und zwar durch Basler Vorstöße von Frankfurt und Berlin aus. Vom 22. August an befindet sich die deutsche Valuta wieder in allmählicher langsamer Erholung, die freilich jetzt schon wieder anfängt, sich ins Gegenteil zu verkehren und es erschienen Zeitungsnotizen, die zum Gegenstand die Verluste des armen Deutschlands durch diesen Kursfall haben und bemüht sind, die unbegrenzte Spekulationslust der Amerikaner für ihn verantwortlich zu machen.

Demgegenüber ist es nicht ohne Interesse, wie die „Allgemeine Rundschau“ schreibt, daß sich Amerika zur Zeit gerade infolge der tiefen deutschen Valuta in einer nicht unbedenklichen Wirtschaftskrise befindet. Infolge seiner schlechten Geldbewertung scheidet Mitteleuropa vollständig als Käufer auf dem amerikanischen Markt aus — der eigene Innenmarkt genügt aber nicht zur Aufnahme der Produkte amerikanischer Industrie und vor allem amerikanischer Landwirtschaft. Daraus entsteht aber nicht etwa ein Preisfall in Amerika, wie man annehmen könnte, sondern es fehlt im Gegenteil dem Dollar, dem Standardwerte im europäischen Ausland, an Anlagemöglichkeit, und die Folge sind erschreckend hohe Preise in Amerika. Wie im Juni aus Washington geschrieben wurde, ist dort der Lohn für eine Köchin 40—70 Dollar (4000—7000 M) im Monat und für eine Wohnung von sieben kleinen Zimmern muß man durchschnittlich in Neuyork monatlich 250 Dollar zahlen.

Diese schwere wirtschaftliche Krise Amerikas kann nur gehoben werden, wenn Mitteleuropa wieder als Käufer auftreten kann, d. h. wenn die deutsche Valuta steigt. Und die Hebung des Marktkurses ist daher auch der Zweck der Reise Vanderlips gewesen. Es ist vollständig widersinnig, den neuen Sturz der Mark amerikanische Spekulationen zuzuschreiben. Einzelne Spekulanten mögen an dem Fall der Mark auch in Amerika verdienen können, aber diese Ausnahmen vermögen nicht den Kurs zu drücken, wenn das Land im allgemeinen, und vor allem die amerikanischen Banken, die von der Prosperität ihres Landes abhängen, ein Interesse an der Hebung haben. Amerika hat den Markkurs nicht geworfen, wie es jetzt deutsche Quellen über Zürich dazustellen versuchen.

Betrachtet man dagegen die Interessen deutscher Kapitalisten, so stellt sich die Sache ganz anders dar. Gewiß, das Land leidet unter der Markentwertung und das Gesamtvolk wird durch sie von den bedeutenden Verlusten getroffen, zumal ja die Regierung für ihre Auslandsverpflichtungen fremde Devisen kaufen muß. Aber die Interessen des Landes sind leider nicht immer identisch mit den Interessen der exportierenden Industrie und vor allem der deutschen Bankwelt. Zunächst mag die jeden Deutschen bestrebende Tatsache festgestellt werden, daß infolge der niedrigen Valuta der deutsche Arbeiter trotz hoher Löhne noch immer am allerniedrigsten entlohnt wird und daß daher die Arbeitskosten des Fabrikanten in Deutschland noch immer die niedrigsten sind und mit sinkender Valuta im allgemeinen

Wettbewerb natürlich in gleichem Verhältnis weiter sinken. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, als ob tatsächlich die exportierende Industrie ein ziemlich großes Interesse an einer niedrigen Valuta hätte. Es kann nun folgende Rechnung aufgestellt werden: Wenn ein Fabrikant ein Produkt, dessen aus dem Ausland bezogener Rohstoff 100 Frs. (= 500 M) kostet und für dessen Herstellung er 1800 M Kosten hat, für 500 Frs. (= 2500 M) verkaufen kann, so hat er bei einer Valuta von

- 20: Kosten 500 M (Rohstoff) + 1800 = 2300, Erlös 2500, Gewinn 200,
- 10: Kosten 1000 M (Rohstoff) + 1800 = 2800, Erlös 5000, Gewinn 2200,
- 5: Kosten 2000 M (Rohstoff) + 1800 = 3800, Erlös 10 000, Gewinn 6200.

Wir haben bei diesem Beispiel von vornherein unnatürlich niedrige Gewinnaussichten genommen. So ist es zu erklären, daß trotz der Notlage des deutschen Volkes die Industriewerte ihre immer höheren Kurse haben, daß die Dividenden unverhältnismäßig groß sind, der Arbeiter trotz hoher Löhne ein gedrücktes Leben führt und ein großer Teil des Mittelstandes daran ist, zum Proletariat herabzusinken.

Es dürfte vor allem an der Zeit sein, an eine gesetzliche Festlegung der Dividenden zu denken. Daß die Industrie existieren muß, und daß sie Gewinne erzielen muß, um den Weltkampf zu bestehen, ist selbstverständlich. Aber dafür sorgt die Industrie schon selbst. Was zu geschehen hat, ist, daß vor allem die Rechte und die Existenzmöglichkeiten der gesamten Volkswirtschaft gewahrt werden.

Von noch ausschlaggebenderer Bedeutung für unsere Valuta aber ist die Bankwelt. In allerletzter Zeit ist aus dem Munde des Reichskanzlers das Wort vom „ungeheuren Egoismus der Devisenbesitzer“ gefallen und selbst die „Frankfurter Zeitung“, das Blatt der Hochfinanz, kann nicht herum, wenn auch in zarten Worten, den Bankgrößen die Schuld an den heutigen Zuständen zu geben. Und mit Recht.

Bank und Börse haben die Devisenordnung, die dem Reiche die zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen notwendigen Devisen besorgen sollte, unterwühlt, bis sie schließlich aufgehoben werden mußte.

Es ist nicht zu leugnen, daß sie gerade die **U s k u n f t s p f l i c h t** der Banken, die die Verschlebung von Kapital ins Ausland und damit den Verkauf deutscher Mark in fremden Geldsorten verhindern sollte, **d a u e r n d b e f e h d e n**.

Es ist ein seltsames Zeichen, daß die Banken **n i e m a l s** eine **g e m e i n w i r t s c h a f t l i c h e M a ß n a h m e** gefordert haben, die der Valutastärkung auf den Grund geht.

Diese Tatsachen sind schwere Anklagen gegen die Hochfinanz, die aus lauter Egoismus die Hebung des deutschen Volkes verhindert. Es ist höchste Zeit, daß durch gemeinwirtschaftliche Institutionen diesem Gebaren endlich mal die Zügel angelegt werden.

unerträglich ist. Die Spekulations- und Spielmut, die im Volke eingedrungen ist, macht uns zum Geißel des Auslandes, und trotz der reichlich im Lande umfließenden Geldmittel fordert die Regierung vergeblich die Ablieferung von Auslandsdevisen auf, deren sie zur Bezahlung der Kriegsschuld so dringend benötigt. Wir sind durch den Krieg arm geworden und werden unsere Schuld nicht bezahlen können, ohne unser Nationalvermögen dazu in Anspruch zu nehmen; wieweit das durch Erlassung des Gewinns aus den Gold- und Sachwerten, die die Sozialdemokratie fordert, möglich ist, ohne diese Werte dem Zugriff des Auslandes preiszugeben, wird ernstlich ins Auge zu fassen sein.

Was die „Kölnische Zeitung“ sagt, kann Wort für Wort unterschrieben werden. Zu lange schon hat das deutsche Volk auf die Tat der Besitzenden gewartet. Hoffen wir, daß der Mahnruf der „Kölnischen Zeitung“, der sicher nicht ohne gewichtigen Grund ausgestoßen wurde, endlich auch von den beherrschenden Schichten befolgt wird, ehe es zu spät ist.

## ... und tut desgleichen

Die Frage des Gewerkschaftsbeitrages ist in der Nachkriegszeit sehr häufig zu einem Schmerzenskind der Organisationen geworden. Während die Verbände der Holzarbeiter, Bauarbeiter, Buchdrucker, es fertig brachten, ihren Wochenbeitrag — der Vorkriegszeit entsprechend — auf einen Stundenlohn festzusetzen, konnten die großen Verbände in der Metallindustrie dies bis jetzt nicht fertig bringen. Vor allem war es hier der soa. Metallarbeiterverband, der durch das Gewicht

seiner Masse die Beiträge niedrig hielt, denn seine Hauptburgen, die radikalen Nester, hatten wenig Interesse, für ihre gewerkschaftlichen Arbeiten auch nur annähernd gleichen Beitrag zu zahlen, wie ihn die alten Gewerkschaftler der Vorkriegszeit gezahlt hatten. Der sozialistische Metallarbeiterverband hat aber im Laufe von drei Jahren erfahren müssen, daß man die Kämpfe in der Arbeiterbewegung nicht mit Phrasen, sondern nur mit starken Kassen gewinnen kann. Rücklichtlos sind in den radikalen Hochburgen bei wilden Streiks die Verbandsgelder verpulvert worden — erinnert sei nur an den Berliner Metallarbeiterstreik, der 20 Millionen kostete —. In Anbetracht dieser Verhältnisse redet nun die „Metallarbeiterzeitung“, Nr. 36, den Genossen ins Gewissen, daß es unbedingt an der Zeit sei, die Beiträge zu erhöhen, wenn der Verband nicht zusammenbrechen solle. Sie schreibt:

Die Finanzen des Verbandes sind in starker Weise in Anspruch genommen. Doch noch stehen wir in dem Augenblick, wo diese Stellen geschrieben werden, erst am Anfang der Entwicklung. Die am wirtschaftlichen Horizont sich aufstürmenden Gewitterwolken zeigen erst die kommenden Kämpfe an. Zur Zeit des Verbandstages wird man schon etwas genauer die Gesichtslage überblicken können. Diese Situation wird eine leichtere Annahme des Antrages des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge bewirken. Die Beiträge müssen bestimmt um mindestens 1 M. pro Woche erhöht werden, soll der Verband nicht in den Stürmen des Kampfes zusammenbrechen. Vielleicht ist einmal in Jena (auf der Generalversammlung, D. Red.) Gelegenheit gegeben, den gewählten Delegierten vor Augen zu führen, wie relativ gering die finanzielle Leistung der Mitglieder für ihre Organisation ist. Wenn das Verhältnis der Vorkriegszeit wieder hergestellt werden sollte, daß durchschnittlich ein Stundenlohn als Beitragsleistung gilt, dann müßte der Beitrag mindestens auf 6,50 bis 7.— M. pro Woche und Mitglied gesetzt werden.

Diesen Mahnruf der „Metallarbeiterzeitung“ können auch unsere Kollegen nur durchaus beherzigen und die einzig mögliche Schlussfolgerung daraus ziehen, zur Stärkung des Verbandes alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind.

## Eisenmarkt u. Eisenwirtschaftsbund

Im Hinblick auf die zuweilen heftigen Debatten, die gegenwärtig in der Fach- und Tagespresse über den Eisenwirtschaftsbund geführt werden, erscheinen folgende Betrachtungen der „Kölnischen Volkszeitung“ von besonderem Interesse:

„Die Eisenknappheit des Krieges hatte einem scheinbaren Mangel an Waren in den Jahren 1919 bis Mitte 1920 Platz gemacht. Die Revolutionsgewinnler trennten sich von der Mark und legten ihr Geld in Waren fest. Mengen und Sorten Eisen wurden, wie sie gerade zu haben waren, dem Verbrauch entzogen und damit den Werken Arbeit für alle Walzenstraßen „geschaffen.“ Möglich war dies, solange die sogenannten „Gummi“-Preise Geltung hatten und die Weltmarktpreise nicht erreicht waren. Als man Mitte vorigen Jahres an diesem Punkte angelangt war, begann mit einem Male die große Stille auf dem Eisenmarkt. Die Werke hatten Last, die gebuchten Mengen los zu werden, die Preise gingen auf ein natürliches Maß zurück und Beschäftigungslosigkeit setzte ein. Die behördlichen Bestimmungen des E. W. B. (Eisenwirtschaftsbundes) verkehrten sich in das Gegenteil ihres Zweckes, und nach monatelangem Ringen mußte dieser einsehen, daß er eigentlich gar nichts selbst zu verwalten hatte und dankte ab. Jetzt begann die Zeit des freien Wettbewerbes und der Kampf der einzelnen Erzeuger um die Erlangung von Aufträgen. Die letzten Preise des E. W. B. wurden mit Nachlässen ausgestattet, um nur die Kauflust anzuregen und zu beleben. Die noch in Schieberhänden sich befindenden Vorräte, von denen die Herrschaften los kommen wollten, drückten immer wieder auf den Preis. Um gewaltige Mengen Eisen wurden Abnahme- und Zahlungsprozesse geführt, und das alte Sprichwort vom lachenden Dritten, wenn zwei sich streiten, kam auch hier zur Geltung. Monatlang hielt dieser Zustand an, so daß viele Werke immer weitherziger in der Wahl der Mittel, um Aufträge zu erlangen, werden mußten. Konfignationslager wurden errichtet, um nur die Erzeuger aus dem Wert verschwinden zu lassen, langfristige Kredite wurden eingeräumt, und die Preise sanken immer weiter. Der Stahlwerkverband und mit ihm die Trägerhändler-Vereinigung und der Röhrenverband bestanden nicht mehr; die anderen Verbände im Eisengroßgewerbe lösten sich zum Teil auf und zum anderen Teil ermäßigten sie die Bestimmungen ihrer Verbandsparagrafen, so daß die einzelnen Werke sozusagen volle Freiheit im Verkauf hatten. Die Preise für Träger und Stabeisen gingen um etwa 30 Prozent zurück, die für Blech um etwa 40—50 Prozent und die Röhrenpreise ebenfalls bis um 40 Prozent. Das war die Krisensituation, die aber kommen mußte, um wenigstens zum größten Teil den Eisenmarkt von den unberufenen Elementen zu säubern. Genau so häufig wie diese Aufwärtsbewegung der Eisenpreise erfolgte, so dringend machi sich der Ruf

## Besitz verpflichtet

Die großen neuen Steuergesetze stehen vor der Tür und es wird hin und her geschrieben und debattiert, nicht so sehr was, sondern wer die neuen Steuern aufbringen soll. Von der Arbeiterschaft kann nicht mehr verlangt werden. Sie ist bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen worden. In einer solchen Situation ist es nun von Interesse, daß die „Kölnische Zeitung“, die den industriellen Kreisen der deutschen Volkspartei sehr nahe steht, den Besitz auffordert, nicht nur bei der Theorie zum Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes zu bleiben, sondern die Tat folgen zu lassen. Das Blatt erklärt:

Die Partei des Besitzes muß anerkennen, daß der Besitz verpflichtet, sie muß in Gegenvorschlägen zu dem Wirtschaftlichen Steuerprogramm, das sie wegen seiner Ordnungslosigkeit verwirft, aufs klarste den Beweis erbringen, daß der Besitz bereit ist, zu opfern und zu steuern bis zu einer Grenze, die lediglich von der Notwendigkeit gezogen wird, die nationale Produktion bis zum höchstmöglichen Maße zu steigern. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch bei der uns allen obliegenden Steuerpflicht zwischen Worten und Wirklichkeit ein Widerspruch klafft, der schon aus Gründen der öffentlichen Moral beseitigt werden muß, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit Recht darauf hinweisen, wie ihre Steuerpflicht einer unentrinnbaren Kontrolle unterliegt, die bei den produzierenden Ständen und den freien Berufen fehlt, daß zwischen dem verschwenderischen Aufwand weicher Kreise und der kümmerlichen Lebenshaltung anderer, besonders des verarmten Mittelstandes, ein Gegensatz sich aufzetaut hat, der



# Metallarbeiterbundschaftsbund und Eisenwirtschaftsbund

Von Trudi Brendler.

II.

nach dem E. W. B. wieder geltend. Die Verhandlungen sind wieder im Gange und man sieht, was die Preisfrage anbelangt, auf dem Standpunkt, daß die Regierung einschreiten soll, wenn die letzten behördlichen Preise überschritten werden. Hier haben wir das treffendste Beispiel dafür, daß die Eisenwirtschaft tatsächlich zu manchen Zeiten nicht in der Lage ist, sich selber helfen zu können; die meisten Händler sind hierbei nicht frei von Schuld; sie treibt der Gedanke des Geschäftemachens um jeden Preis. Statt mit einer gewissen Ruhe sich auf ihre Aufgabe — Versorgung der Rundschaft mit Zeug — zu besinnen, machen die Händler Selbsterprobungen. Sie wollen sich den Schein des Großzügigen geben und sind dabei doch durchweg ganz kleine Krämer, denen Bescheidenheit und Arbeitsfreudigkeit vollständig abgeht. Das milde Urarbeitsverhältnis der Angebote für die Rundschaft wird ja zum Teil schon wieder gemacht; aber so ein bisschen Abschwächen vom vorgeschriebenen und gewöhnlichen Ziele, mal eine große Sache machen, bei der man wieder ordentlich Geld verdienen kann, selbst wenn das Geld aus der Türkei zu holen ist, das läßt immer noch großen Reiz aus. Es hat wirklich keinen Zweck, mit Eisen in Berlin, Hamburg, München, Königsberg und Bukarest zu gleicher Zeit hafteren zu gehen, wenn man nicht einmal das Schlossermeister, der jahrzehntelang bei einem kauft, das nötige Eisen liefern kann.“

## Berufs- oder Industrieorganisation

Nochmals die Arbeitskammerwahl im Ruhrbergbau.

Auf die von unserem Kollegen Duden in Nr. 34 unsers Verbandsorgans angestellte Wahlbetrachtung erwidert der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter in seinem Organ „Der Bergknappe“, Nr. 37 vom 10. September, daß unsere Ausführungen nicht unwillkommen bleiben dürften, trotzdem man über die Sache lieber geschwiegen hätte usw.

Zunächst möchten wir vorausschicken, daß es wirklich keinen Zweck mehr hat, einen Stank und Streit, der zum Himmel schreit, noch weiter verschweigen zu wollen, zumal wir uns dabei nicht das Geringste vorzuerwerfen haben. Aber eine Eiterbeule in der Gewerkschaftsbewegung, und das stellen nachgerade die „Grenzstreitigkeiten im Bergbau“ dar, muß rücksichtslos aufgestochen und beseitigt werden. Es handelt sich um die Kardinalfrage: „Steht der Gesamtverband der christl. Gewerkschaften auf dem Boden der Berufsorganisation oder nicht?“ Oder besser gesagt: „Ist einem der dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände erlaubt, eine andere Organisationsform einzuführen, bevor darüber mit den beteiligten Brüdern eine Verständigung erfolgt ist, bzw. ein Gewerkschaftsorgan diese bezügliche Beschlüsse gefaßt hat?“

Die im „Bergknappen“ uns gegenüber erhobenen Anschuldigungen können wir im einzelnen unmöglich wiedergeben, da sie zwei ganze Spalten, also Zweidrittel-Seite in Anspruch nehmen. Wir müssen uns daher beschränken, auf die hauptsächlichsten Punkte zu erwidern.

Nach den „Feststellungen“ des „Bergknappen“ soll die Liste der christlichen Berufsverbände „hauptsächlich auf Betreiben einiger Beamten des christlichen Metallarbeiterverbandes“ aufgestellt worden sein, „die ganz allein die Verantwortung für den Zwiespalt im christlichen Lager zu übernehmen hätten“. — Tatsache ist folgendes:

In Besprechungen unseres Kollegen Duden mit dem Kollegen Thiele von der Hauptverwaltung des Gewerkschafts war unsererseits ein Kandidat an scheinbar Stelle verlangt worden. Da Kollege Thiele glaubte, daß eine Berücksichtigung innerhalb der ersten fünf Stellen nicht möglich sei, wurde unsererseits dann wenigstens die sechste Stelle beantragt, worüber Kollege Thiele auch nicht Verhandlungen in Aussicht stellte, sondern sich dafür in der nächsten Beamtenskonferenz des Gewerkschafts, die darüber zu entscheiden habe, einzusetzen zusagte. — Als dann die unsererseits zuständige Konferenz der christlichen Berufsverbände zu dieser Angelegenheit Stellung nahm, wurde bei aller Anerkennung der Bemühungen des Kollegen Duden einmütig von den Konferenzteilnehmern aller christlichen Berufsverbände erklärt, mit der 6. Stelle nicht zufrieden sein zu können, da nach eigenen Angaben des Gewerkschafts die sechste Stelle infolge des Erstarrens der Union absolut aussichtslos sei, man müsse vielmehr die fünfte Stelle haben. (Daß die Union nicht einmal eine gültige Liste einzureichen imstande war, konnte niemand im voraus wissen.) Im Auftrage der Konferenz begab sich dann eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Kurth, Koch und Dormagen von unserem Verband, den Bauarbeitern und den Eisenbahnern, am 20. Mai zur Zentrale des Gewerkschafts, um dort unsere Wünsche vorzutragen. Die entscheidende Beamtenskonferenz des Gewerkschafts fand aber am 21. Mai statt. Als deren Ergebnis wurde uns vom Gewerkschaftsverein brieflich mitgeteilt, „daß, nachdem die Konferenz der christlichen Berufsverbände über unsern letzten Vorschlag so maßlos hinausgegangen sei, sich jede weitere Debatte, ob und an welcher Stelle ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes aufgestellt werden könne, erübrige.“

Dieser völlig ablehnende Bescheid, der für unser berechtigtes Verlangen nach einer Vertretung in der Arbeitskammer nur die Bezeichnung „maßlos“ fand, zwang dann die christlichen Berufsverbände zur Aufstellung einer eigenen Kandidatenliste. Die Aufstellung des „Bergknappen“, als ob wir „den Druck gewünscht“ hätten, weisen wir daher ebenso entschieden zurück, wie manche andere Verleumdungen, die vor der Wahl gegen uns ausgebreitet worden sind, daß wir z. B. mit den Unionisten wegen der Ungültigkeit ihrer Liste ein Wahlkompromiß abgeschlossen haben sollten usw. Die Skrupellosigkeit einer solchen Heße kann nicht entschieden genug verurteilt werden.

Dann sollen wir zwei Flugblätter gegen den Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter verbreitet haben, darunter soll eins voll von polemischen Ausführungen gegen den „Bergknappen“ und den Gewerkschaftsverein

Gemeinsam ist beiden Körperschaften ihre Zusammenfassung aus Erzeugern, Händlern und Verbrauchern unter Wahrung der Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gemeinsam ist ihnen weiter die Bestellung der Mitglieder durch wirtschaftliche Verbände (z. B. dem Zentralverband der deutschen Metalle, Walzwerks- und Hüttenindustrie, dem Verband der Metallherbergwerke, dem deutschen Stahlbund, dem Zentralverband des deutschen Großhandels u. a.) und durch Arbeitnehmervereinigungen, die drei Metallarbeiterverbände, Angestelltenverbände usw. Für den M. W. B. werden alle gewerblichen und industriellen Vertreter durch die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands bestätigt; für den E. W. B. ernannt einen Teil der Arbeitnehmer ebenfalls die Zentralarbeitsgemeinschaft. Bei ihm treten außerdem noch eine Reihe von behördlichen Vertretern (z. B. des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsverkehrsministeriums u. a.) allerdings als Vertreter der Eisen verbrauchenden Behörden, also als Käufer — als Mitglieder hinzu, während der M. W. B. nur einzelne Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und der Länder zu seinen Sitzungen einläßt.

Die Organe des M. W. B. sind:

1. Der Gesamtausschuß, bestehend aus 48 Mitgliedern, in seiner Tätigkeit der Generalversammlung einer Aktiengesellschaft vergleichbar, und
2. der Arbeitsausschuß mit 16 Mitgliedern, zur Vereinfachung der Geschäftsführung vom Gesamtausschuß aus dessen Mitte gewählt. Die in der Satzung vorgesehenen Zweckverbände und Selbstverwaltungsstellen, besonders die Außenhandelsstellen bestehen in Tatsache nicht; die anfangs „Außenhandelsstellen“ betitelten Gebilde des M. W. B. sind einfache Unterabteilungen, Geschäftsstellen ohne eigene Selbstverwaltung, die genau nach Anweisung der Leitung des M. W. B. zu arbeiten haben. Man ließ ihre auf dem Papier geschaffene weitgehende Selbstverwaltung fallen in der Erkenntnis, daß sie nur zu einer Erschwerung und Verlangsamung des Geschäftsganges führen würde. Dem vom Gesamtausschuß gewählten Vorsitzenden unterstehen mehrere Geschäftsführer.

Sitz des M. W. B. ist Berlin; daneben bestehen Geschäftsstellen in Köln (für Halbfabrikate in Kupfer, Messing, Aluminium und Nickel der Rheinisch-Westfälischen Firmen), in Krefeld (für die Aus- und Einfuhrbewilligungen für die Schmuckwarenindustrie) und in Hanau (für technische Platinartikel).

Die Organe des E. W. B. sind:

1. Die Vollversammlung (70 Mitglieder) mit der Aufgabe der Leitung der Eisenwirtschaft nach „gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen“; sie ist dem Gesamtausschuß des M. W. B. ähnlich;
  2. die Arbeitsausschüsse (18—36 Mitglieder), unter sachlichen Gesichtspunkten (für Roheisen, Stahlschrott usw.) von der Vollversammlung gewählt, „bearbeitet die in ihr Fachgebiet gehörigen Angelegenheiten und beschließen im Rahmen der von der Vollversammlung aufgestellten Richtlinien“. (Par. 10 der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft);
  3. der Vertrauensmann, von der Vollversammlung auf Vorschlag der Erzeugerunternehmer gewählt, hat die Richtlinien und Beschlüsse der Vollversammlung und der Arbeitsausschüsse im einzelnen auszuführen; er und seine Stellvertreter sind die gesetzlichen Vertreter des E. W. B.
- Sitz des E. W. B. ist Düsseldorf.
- Der hauptsächlichste Unterschied im Aufbau der beiden Organisationen liegt in der Mehrzahl der Arbeitsausschüsse des E. W. B., während beim M. W. B. ein Arbeitsausschuß alle Tätigkeit überwacht. Die „Geschäftsstellen“ des M. W. B. sind lediglich ausführende Organe, nicht mehrköpfige Körperschaften mit eigener Beschlussfähigkeit, wie die Arbeitsausschüsse des E. W. B. Somit zeigt der M. W. B. eine größere Zentralisation, die eine einfachere Geschäftsführung mit sich bringt. Auf den Grund hierfür ist weiter unten einzugehen.

gewesen sein. — Diese Behauptungen sind einfach unwahr! Denn es ist von uns tatsächlich nur ein Flugblatt verbreitet worden, das trotz seines vierseitigen Umfangs lediglich unsere Stellung zur Arbeitskammerwahl und zur Frage der Berufs- oder Industrieorganisation wiedergab, ohne den Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter anzugreifen. — Nach Ansicht des „Bergknappen“ soll nun dieses Flugblatt „einen sehr ungehörigen und unangebrachten Versuch darstellen, die Ubertagearbeiter im Ruhrbergbau gegen die Untertagearbeiter aufzuheben“. Ob die von uns in dem Flugblatt zitierten vorzüglichen Ausführungen Dr. Brauers diese Bezeichnung verdienen, können wir ruhig der öffentlichen Beurteilung überlassen. Im übrigen ist unsere Stellung gegenüber dem vorbezeichneten Wortwitz in dem in Nr. 36 unsers Verbandsorgans veröffentlichten Bericht über unsere Zechenmetallarbeiterkonferenz bereits kurz präzipiert. — Dann sollen wir den Standpunkt des Gewerkschaftsvereins bezüglich „Industrieverband“ im Bergbau „in boshafter Weise verdächtig haben“, indem wir im Flugblatt schrieben: „Warum will man wohl gerade jetzt im Bergbau zur Bildung von Industrieverbänden übergehen? Weil man die große Macht der Zechenhandwerker und Tagesarbeiter erkannt hat. Diese Macht soll in Industrieverbänden gezügelt werden. Jeder denkende Zechenhandwerker und Tagesarbeiter wird doch seine Pappenheimer kennen.“ Wir wiederholen diese Sätze, um sie nochmals nachdrücklich zu unterstreichen. Hat doch die „Tagesarbeiterkonferenz“ des Gewerkschaftsvereins vom 21. August erneut den Beweis für die

Unter den Arbeitsausschüssen des E. W. B. ist besonders zu nennen der „Außenhandelsausschuß“ für die Regelung der Ein- und Ausfuhr mit einer gutachtlichen Tätigkeit. Er ist nicht zu verwechseln mit der Außenhandelsstelle der Eisenwirtschaft, die ein völlig selbständiges Organ ist, das nach Anweisung des Reichswirtschaftsministers handelt. Der Leiter der Außenhandelsstelle für die Eisenwirtschaft ist z. Zt. der Reichskommissar für die Eisenwirtschaft. Die Geschäfte der Außenhandelsstelle werden — im Gegensatz zum M. W. B. (siehe unten) — nicht vom E. W. B. und dessen Angestellten erledigt. Eine Verbindung mit dem E. W. B. besteht nur in der

gutachtlichen Tätigkeit eines Außenhandelsausschusses, dessen Beschlüsse demnach nicht von unmittelbarer Wirkung sind; sie stellen vielmehr nur die Ansicht des Außenhandelsausschusses dar, während dem Reichswirtschaftsminister die Entscheidung in Ausfuhrfragen selbständig überlassen ist, nachdem er den E. W. B. gehört hat. Hierin liegt ein sehr wesentlicher Unterschied gegenüber dem E. W. B.

Die Verschiedenartigkeit der beiden Selbstverwaltungsorgane wird ferner deutlich sichtbar in der weiteren Abgrenzung ihres Aufgabengebietes, eine Abspiegelung der oben dargelegten Motive, die den Anlaß u. den Gründungen haben. Der E. W. B. wirkt als ein strenger behördlicher Eingriff; bei ihm spielen die Planwirtschaftsgedanken vom Frühjahr 1910 eine unverkennbare Rolle; der M. W. B. will letzten Endes die Ueberleitung zur freien Wirtschaft und nur insoweit eine Regelung, als es im Allgemeininteresse infolge der wirtschaftlichen Nachwirkungen des Krieges unweigerlich erforderlich ist. „Jedem einzelnen ist soviel Freiheit zu gewähren, als er wünscht, sofern die Interessen der Allgemeinheit dadurch nicht in Frage gestellt werden“ ist sein oberster Grundsatz.

Im einzelnen sind die Aufgaben die folgenden: Materie unterliegen der Bewirtschaftung des M. W. B. alle Metalle, Metallvorprodukte und Produkte der Hüttenindustrie mit Ausnahme von Eisen, Stahl, Mangan und Silizium, deren Wirtschaft der E. W. B. zu regeln hat; Edelmetalle und Schmuckwaren unterstehen dem M. W. B.

Aufgabe des E. W. B. ist die Regelung der Eisenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen.

Diese wird gesehen:

1. in der Sicherung des dringenden Inlandsbedarfes. Dazu sind alle einschlägigen inländischen Werke verpflichtet, einen vom E. W. B. zu bestimmenden Teil ihrer Erzeugung vor ganzer oder teilweiser Erfüllung ihrer sonstigen Lieferpflichten und vor Deckung ihres Eigenbedarfes dem E. W. B. zur Verfügung zu stellen. Der Reichswirtschaftsminister bestimmt nach Verständigung mit dem E. W. B. die festzusetzenden Mengen für jedes dieser Erzeugnisse und bezeichnet den Verbrauch, der zum dringenden Bedarf gerechnet wird. Zur Durchführung dieser Verpflichtung sind von allen beteiligten Werken Liefergemeinschaften zu bilden; das nähere regeln die ständigen Arbeitsausschüsse des E. W. B. Die beteiligten Werke haben bei Nichterfüllung der Lieferungsverpflichtungen eine Buße zu entrichten, deren Höhe vom E. W. B. festzusetzen ist und zwischen dem jeweiligen, vom E. W. B. festgesetzten Inlandspreise, der nicht ordnungsmäßig abgeklärten Menge und dem Preise, zu dem diese Menge im Ausland zu beschaffen ist, liegt. Für die Leistung dieser Buße haben die Werke dem E. W. B. innerhalb eines Monats nach Aufforderung ausreichende Sicherheit zu entrichten. Sofern es zur Sicherstellung des dringenden Inlandsbedarfes erforderlich erscheint, kann das Eigentum an den der Regelung unterliegenden Erzeugnissen durch Anordnung des Reichswirtschaftsministers oder einer von ihm bestimmten Stelle gegen die jeweils festgesetzten Preise nicht übersteigende angemessene Entschädigung entzogen werden. Unter den gleichen Voraussetzungen können Bestandsaufnahmen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen angeordnet werden. Soweit die Bestimmungen über die Sicherung des dringenden Inlandsbedarfes gemäß der Verordnung. (Par. 11.)

Nichtigkeit unserer Ausführungen gebracht, indem dort u. a. erklärt wurde, „daß bei der zunehmenden Ausdehnung der Tagesbetriebe, namentlich der Nebenanlagen, die Tagesbeschäftigten an Zahl stärker werden könnten, als die Belegschaften unter Tage. Und dann bestände bei dem Vorhandensein der Berufsverbände die Gefahr, daß diese den Bergarbeiterverbänden die Lohnpolitik vorschreiben könnten! Darum müßte der Industrieverband durchgeführt werden.“ Das bedeutet doch nichts anderes, als eine Vergewaltigung der Zechenhandwerker und der zu ihnen gehörenden Tagesarbeiter, denen die Löhne ewig von den Bergarbeiterverbänden vorgeschrieben werden sollen! Es wird an unseren Kollegen liegen, ob sie sich eine derartige Lohnpolitik gefallen lassen wollen.

Ein zweites Flugblatt, das wir mit polemischem Inhalt herausgegeben haben sollen, existiert nicht. Wohl haben wir auf die im „Bergknappen“, Nr. 30 vom 23. Juli uns gegenüber erfolgten Angriffe des Gewerkschaftsvereins wegen uners Vorgehens bei der Arbeitskammerwahl eine längere Erwiderung geschrieben, die infolge Redaktions-schluss nicht mehr in der nächsten Nummer 31 unsers Verbandsorgans, also nicht mehr rechtzeitig vor der Wahl, Aufnahme finden konnte und daher in je einem Druckabzug unsern Zechenvertrauensleuten als Rundschreiben zugesandt wurde. Wenn diese Erwiderung gemeint sein soll, so möchten wir erklären, daß es eine notwendige und berechtigte Abwehr der Angriffe des Gewerkschaftsvereins war und die darin angeführten Tatsachen halten wir voll und ganz aufrecht. — (Schluß folgt.)



# Die Sozialisierungspropheten

werden wieder einmal von dem Sozialisten Ströbel im „Einkauf“ gehörig bei den Ohren gepackt. Die Sozialdemokratie hatte das Schlagwort Sozialisierung in die Massen geworfen, ohne sich auch nur im mindesten klar zu sein über Umfang und Tiefe dieses Problems und sie versuchte in einigen Redemondungen ihrer Masse etwas hinzuwerfen, das der kommunistischen Phrase vertuscht ähnlich sah. Mit diesen Herren geht nun Ströbel anlässlich der Beratung zum neuen Göttinger Parteiprogramm scharf ins Gericht. Er schreibt:

Wir wundern uns über den Mut der Programmkommission, dem Parteitag statt eines ausgereiften Sozialisierungsprogramms einen so unausgegorenen Gedankenbrei vorzulegen; aber keineswegs darüber, daß die Kommission nichts Besseres zu bieten vermochte. Denn wir können es nur immer wieder mit Bedauern wiederholen, daß die deutsche Sozialdemokratie — und zwar beider Richtungen — im Drange notwendiger Tagesgeschäfte und überflüssigen Parteihaders gerade das Wesentlichste kräftlich vernachlässigt hat: das Durchdenken des Sozialisierungsproblems. Man begnügt sich mit der unwahrscheinlichen Versicherung, daß „der Sozialismus auf dem Marsche“ sei, oder man faßt von der Diktatur des Proletariats, die dann schon alle Sozialisierungsschwierigkeiten spielend überwinden werde, ohne einmal ernstlich darüber nachzudenken, wie man es im einzelnen anzufangen habe, um dem Kapitalismus sicher und ohne Erschütterung des Wirtschaftens die Herrschaft über die Produktion aus der Hand zu winden. Man beachtet nicht einmal die wertvollen Beiträge, die Volkswirtschaftler und Wirtschaftspraktiker, die nicht im eigentlichen Parteilager standen, zur Lösung des Problems beisteuerten, sondern behält sich immer wieder mit den inhaltsleeren Schlagworten. Und trotz dem man so den dringenden und wichtigsten Aufgaben des Sozialismus unserer Lage völlig unvorberichtet und ratlos gegenübersteht, wagt man es, der Partei ein neues Programm aufzudrängen zu wollen!

Heinrich Ströbel sagt gar nichts mehr, als was die denkende Arbeiterschaft seit langem schon sagte. Das Sozialisierungsproblem ist so vielseitig, daß man es nicht mit Schlagworten lösen kann. Der Aufbau der Wirtschaft kann sich nur langsam und Schritt für Schritt vollziehen. Die Arbeitergemeinschaften und Selbstverwaltungskörper sind die Wegweiser, die zu einer Umgestaltung der Wirtschaft führen können, in der auch der Arbeiter mehr als bisher nicht nur als Arbeiter, sondern auch als Kulturfaktor gewertet werden kann.

## Streiflichter

Phrase aus Parteibedürfnis.

Der berühmte Klassenkampf, das Stiefkind aller roten Wald- und Wiesengitaren, leidet so bedenklich an Altersschwäche, daß ihn die Parteigrößen der Reichssozialdemokratie bei der Beratung des neuen Göttinger Parteiprogramms an die Luft setzen. Darob Geizter bei denjenigen, zu deren Wortführer nun einmal der Klassenkampf gehört. Und siehe, die Parteihäupter beugten sich, und Herr Cunow hat für diese Heldentat in Nr. 24 der „Neuen Zeit“ folgende tiefe Erklärung:

Theoretisch richtiger wäre es deshalb m. E. gewesen, das Wort „Klassenkampf“ hätte auch in dem jetzigen erweiterten Sinn keine Aufnahme gefunden. Andererseits aber gebe ich gerne zu, daß... da die alte Klassenkampfauffassung des kommunistischen Manifestes noch weite Kreise unserer Partei beherrscht, die Befähigung des Wortes einem gewissen Parteibedürfnis entspricht.

Also, verquackelbert die Köpfe der Masse weiter, weil es Parteibedürfnis ist. Das ganze nennt sich dann „wissenschaftlicher Sozialismus.“

Sch für nicht und doch ernte ich!

Oskar ist Mitglied des Gewerkschaftsvereins christl. Bergarbeiter in G., abgesehen er seit Jahren außerhalb des Bergb. u. steht und nun schon 6 Jahre in der Metallindustrie arbeitet. Oskar ist nämlich Berginvalid und bezieht die Invalidenbeiträge im Gewerkschaftsverein, das sind pro Woche 20 Pfg.

Oskar hat in einem Gußstahl- und Eisenwerk eine sehr nette Stellung, die ihm die Kriegsverhältnisse verschafft haben. Oskar erhält den Tariflohn mit allen besonderen Vergünstigungen. So liegt aller Anlaß vor, daß Oskar recht zufrieden ist, denn vollwertig bezahlt zu werden und dann einen recht billigen Beitrag zu zahlen, dazu mit gehobener Brust auf die 20jährige Mitgliedschaft im Gewerkschaftsverein zu blicken, ist etwas, das nicht jedem Arbeiter beschieden, aber auch nur Menschen mit Spezialanfertigungen für sich in Anspruch nehmen.

Oskar ist auch Vizepräsident in einem konfessionellen Arbeiterverein. Viele Mitglieder dieses Vereins erblicken in den gewerkschaftlichen Anschauungen und Handlungen von Oskar einen Widerspruch. Dieser ging denn auch in sich und äußerte den Wunsch, von einem Vertreter des für ihn zuständigen Berufsverbandes zwecks Bekämpfung des Uebertritts besucht zu werden. Doch dieser Vertreter durfte keineswegs ein gewöhnlicher Strohacker sein, sondern einer der „Herren“ Bevollmächtigten. Der Wunsch wurde erfüllt und ohne viele Worte beiderseits zu wechseln, übergab Oskar sein Gewerkschaftsmitgliedsbuch. Bald darauf erhielt er, wie es schon vor Jahren hätte sein müssen, das Mitgliedsbuch seines Berufsverbandes.

Oskar mußte nun das an Wochenbeitrag zahlen, was er früher beim Gewerkschaftsverein pro Monat bezahlt hatte. Sein liebes Weibchen, voll fasslicher Sparsucht, schrieb nun dem christlichen Metallarbeiterverband folgende: „Ihr Oskar sei nun schon solange im Gewerkschaftsverein, da könne er dann auch noch länger bleiben, zumal er beabsichtigt wieder zur Grube zurückzukehren, wegen der Deputatslohn und der anderen Vorteile.“ Ob damit die billigeren Beiträge gemeint sind, schrieb Oskars bessere Hälfte nicht und muß man noch dahingestellt sein lassen.

Oskar hat sich damit aber richtig so entpuppt, wie ihn seine Mitarbeiter und die Mitglieder im Arbeiterverein, soweit diese Metallarbeiter sind, auch beurteilten. Sie glauben nicht, daß Oskar wieder zum Bergbau zurück geht, eher neigen die Kollegen zu der Ansicht, er habe mit Mannesmut vor seiner Ehehälfte kapituliert.

Oskar aber erregt nicht unseren Neid, sondern volles Mitleid. Zwanzig Jahre christlich organisiert und spürlos sind die gewerkschaftlichen Tugenden und echte deutsche Mannesart an ihm vorbeigegangen. Doch hoffen wir noch immer, daß auch Oskar einsehen wird, daß derjenige, der mit fezzelt, auch mit einsehen muß, und daß ein Pfund Mut mehr wert ist, als eine Tonne Glut.

## Preiswucher!

Die Entleerung der Herbstkartoffeln steht vor der Tür und schon kann man die fasssam bekannten Manieren der Preisstreiber in den Erzeugergebieten beobachten. Während vor 14 Tagen von Preisen in den Erzeugergebieten von 48-52 Mark pro Zentner gesprochen wurde, lesen wir jetzt, so schreibt das „Echo vom Nieberstein“ (Nr. 239), in einem uns vorgelegtem Briefe einer landwirtschaftlichen Genossenschaft:

„Bauern, weder zu Ihrem Preise noch zu Ihren Bedingungen Kartoffeln nach dortiger Gegend verkaufen zu können. Von anderer Seite wird uns, aus dem Westen speziell, für Industriezweckkartoffeln ein Preis von 50-60 Mark pro Zentner ab pommerischen Stationen geboten.“

Es scheinen also weder Kräfte am Werk zu sein, um den Kartoffelpreis zum Schaden der Verbraucher in die Höhe zu treiben. Der freie Handel hat alle Ursache, dahin zu wirken, daß eine derartige Preissteigerung im eigenen Interesse unterbunden wird. Die Verbraucher selbst sollen sich jedoch auch weise Mäßigung auferlegen, denn durch skurriles Drängen werden den Kreisen, die den Hals nicht voll genug bekommen können, geradezu die Schächeln ins Trockene getrieben. Für unsere Kollegen heißt es doppelt: Augen auf!

## Bekanntmachung

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. September der 30. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 18.-24. September.

## Streiks und Lohnbewegungen

Offenbach. Nachdem die zentralen Verhandlungen in Frankfurt an dem niedrigen Angebot der Arbeitgeber gescheitert sind, wurde für den Wirtschaftsbezirk Offenbach vor dem Schlichtungsausschuß Offenbach am Samstag, den 9. September erneut verhandelt. Nach eingehender Begründung der gestellten Forderungen durch die Gewerkschaftsvertreter des christlichen sowie deutschen Metallarbeiterverbandes, der Kollegen Welp und Stadtmüller, wurde nach mehrstündiger Beratung folgender Schiedsspruch gefällt: Ab 1. September wird zu den bestehenden Löhnen ein Teuerungszulage gewährt.

	Bisheriger Lohn			Neue Zulage ab 1. Sept.	Gesamtlohn
	Grundlohn	Arbeitslohn	Wohlf. Zulage		
<b>Gelernte Arbeiter</b>					
über 25 Jahre	3.—	—60	2.80	1.30	7.70
von 20-25 "	2.75	—60	2.52	1.21	7.07
" 19-20 "	2.15	—30	1.57	0.91	4.92
" 18-19 "	2.15	—15	1.57	0.90	4.77
unter 18 "	2.15	—15	1.28	0.75	4.31
<b>Ungelernte Arbeiter</b>					
über 25 Jahre	2.75	—60	2.70	1.25	7.30
von 20-25 "	2.50	—60	2.42	1.15	6.67
" 18-20 "	1.90	—30	1.52	0.85	4.57
unter 18 "	1.90	—30	1.21	0.70	4.11
<b>Hilfsarbeiter</b>					
über 25 Jahre	2.30		3.40	1.20	6.90
von 20-25 "	2.10		2.92	1.05	6.07
" 18-20 "	1.70		1.92	0.80	4.42
" 18-18 "	1.40		1.18	0.60	3.18
unter 16 "	0.95		0.84	0.40	2.19
<b>Arbeiterinnen</b>					
über 20 Jahre	1.80		1.67	0.75	4.22
von 18-20 "	1.55		1.15	0.55	3.25
" 16-18 "	1.30		0.93	0.45	2.68
unter 16 "	0.90		0.75	0.35	2.—

### Schlingel (Maschinenfabriken)

1. Lehrjahr	0,50 + 0,10 = 0,60	3. Lehrjahr	0,94 + 0,20 = 1,14
2. "	0,72 + 0,15 = 0,87	4. "	1,65 + 0,35 = 2,—

### Schleifer und Metallrüder (Metallwarenfabriken)

1. Lehrjahr	0,55 + 0,10 = 0,65	1. Lehrjahr	0,61 + 0,10 = 0,71
2. "	0,77 + 0,15 = 0,92	2. "	0,88 + 0,15 = 1,03
3. "	0,99 + 0,20 = 1,19	3. "	1,10 + 0,20 = 1,30

Außerdem erhalten alle männlichen Lohnarbeiter über 20 Jahre die vom 1. Mai 1920 fällige besondere Zulage von 20 Pfg. pro Stunde. Hilfsarbeiter über 20 Jahre, welche an Maschinen angelehrt werden, erhalten nach 4 Wochen 10 Pfg., nach 8 Wochen 20 Pfg. mehr, darunter fallen auch die z. Zt. an Maschinen Beschäftigten.

Weiter erhält jeder verheiratete Arbeiter für die Ehefrau und für jedes unterhaltungsbedürftige Kind (bis 14. Lebensjahr) für jede geleistete Arbeitsstunde 10 Pfg.

Ebenso erhalten alleinstehende Frauen (Witwen und geschiedene Frauen), die eigenen Haushalt führen, für sich und jedes unterstützungsberechtigte Kind eine Stundenzulage von 10 Pfg.

Mit diesen nun erreichten Löhnen wird Offenbach mit an der Spitze in der Metallindustrie Deutschlands stehen. Es gilt nun für die Offenbacher Kollegen den Verband weiter zu stärken, nicht allein durch neue Mitglieder, sondern auch in finanzieller Hinsicht. Darum Kollegen, auf zur Arbeit für unseren christlichen Metallarbeiterverband!

### Schließung der Wöllinger-Hütte.

Wöllingen. Die Wöllinger-Hütte hatte infolge ihrer durch die Einführung der Frankenslohnzahlung in der Schwerindustrie des Saargebietes verursachten schlechten wirtschaftlichen Lage ihrer Arbeiterschaft einen Lohnabbau von 15 Zentimes pro Stunde und Fortfall der Teuerungszulage von 1,50 Franken pro Schicht angefangen. Der von den Organisationen angerufene Schlichtungsausschuß kam nach Einseitigkeit der Geschäftsbüchere der Firma zu dem Ergebnis, daß ohne den Lohnabbau sowie Verbilligung der Kohlenpreise, Frachten usw., die im Saargebiet alle in Frank bestehen, sich die von der Betriebsleitung beabsichtigte Schließung des Werkes nicht würde vermeiden lassen. Er legte aber der Firma auf, daß im Falle der Annahme seines Spruches von der Arbeiterschaft die Firma den Betrieb noch mindestens zwei Monate im bisherigen Umfange weiterführen muß. Die Firma nahm diesen Spruch an. Die Organisationen verlangten eine Frist zum Bezahlen ihrer Mitglieder. Während der christl. Metallarbeiterverband eine statutenmäßige Abstimmung vornahm, ließ der sozialistische Verband ohne jede Kontrolle an den Werkstoren abstimmen. Die dadurch bewirkte Fälschung der Stimmung der Belegschaft benutzte er, um zum Streik aufzurufen. Trotzdem angeblich 1000 Mann von einer 6000 Köpfe zählenden Belegschaft für den Streik gestimmt haben sollten, fuhr die Belegschaft am 1. Sept. geschloffen an, an der Spitze die „frei“ Organisierten. Von den Kommu-

nisten von Wöllingen und Umgebung lehnte nun gegen die Arbeitwilligen der beiden Organisationen in den Wohnorten derselben sowie auch an den Werkstoren selbst ein derartiger Terror ein, daß selbst sozialistische Organisierung um polizeilichen Schutz nachsichtig. Derselbe war aber — die Mehrheit des Gemeinderats ist sozialistisch — so ungenügend, daß die Zahl der Arbeitwilligen immer mehr zurückging. Am Samstag, den 8. September wurde darauf das Werk von der Direktion geschlossen. In einer von beinahe 1000 Mann besuchten Versammlung des Christl. Metallarbeiterverbandes wurde die Betriebsleitung beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, um die Weiteraufrechterhaltung des Werkes zu veranlassen. Von den kommunalistischen Elementen wurde eine Sprengung der Versammlung und Belästigung der Teilnehmer beim Ausgang versucht. Ruhigen Elementen gelang es Zusammenstoße zu vermeiden. Als unser Kollege Bezirksleiter Wid in Begleitung des Kollegen Wüch zum Bahnhof ging, wurde er von einer ausgeheulten Menge kommunistischer Junger Burken und Reifer, unter Führung berufsmäßiger Kratzerler auf das arbeitslose bedrängt und bedroht. Die Belästigungen leiteten sich bis zum Abgang des Zuges fort, ohne daß von der Polizei eingeschritten wurde. (Daher der Name Schußmannschaft.) Die Erregung unter der christlich organisierten Arbeitererschaft ist infolge dieser Vorkommnisse ungeheuer.

Die Krise droht auch die andern Werke in der Schwerindustrie überzugreifen. Auf der Reuther-Hütte (früher Stumm) sollen 500 Arbeiter entlassen werden, ebenfalls sind auf der Burbacher-Hütte Kündigungen in größerem Umfange erfolgt. Die durch die Einführung des Frankenslohnzahlung sowie den hohen Kohlenpreisen die Schwerindustrie mit Stillstand. Damit wird die meist aus Arbeitern bestehende Bevölkerung des Saargebietes zur Verelendung verurteilt.

### Streik bei der Firma Soenneken, Bonn-Weß.

Durch die sich wieder stark bemerkbar machende Teuerung aller Lebensmittel geranneten, leitete die Arbeiterschaft der Firma R. Soenneken am 30. Juni durch die Gewerkschaften, Anträge auf Lohnherhöhung ein. Am 2. Juli teilte die Firma schriftlich mit, daß sie keinerlei Erhöhung bewilligen könne, ohne auch nur den Versuch zu machen, auf dem Verhandlungswege zu einer Einigung zu kommen. Die Arbeiterschaft wandte sich an den Schlichtungsausschuß. Derselbe verpflichtete die Firma, bis zum 24. 7. mit der Arbeiterschaft zu verhandeln. Nur um der Form zu genügen, verhandelte die Firma am 24. 7. mit dem Arbeiterrat und den Gewerkschaften, aber auch hierbei zeigte die Firma nicht das geringste Entgegenkommen. Die Direktion verteilte sich auf das Zahlenmaterial der amtlichen Statistiken und wollte der Arbeiterschaft glaubhaft machen, die Kosten der Lebenshaltung seien zu rückgegangen. Mit dieser Mißdeutung gelang es den Gewerkschaften, die Arbeiterschaft von der Arbeitsniederlegung zurückzuführen und nochmals den Schlichtungsausschuß anzurufen. Der ablehnende Spruch des Schlichtungsausschusses verschärfte die Situation. Am 30. 7. legte eine Abteilung die Arbeit nieder. Aber auch hier verkündeten es die Gewerkschaften durch Einleiten ihrer ganzen Kraft, die allgemeine Arbeitsniederlegung zu verhüten, und die streikende Abteilung nahm am 1. 8. die Arbeit wieder auf, da die Direktion sich ausdrücklich bereit erklärte, am Donnerstag, den 4. 8. über eine Lohnherhöhung zu verhandeln. In der am Donnerstag stattgefundenen Verhandlung zeigte die Firma zwar Entgegenkommen, jedoch konnte sich die Arbeiterschaft mit dem äußerst minimalen Angebot nicht einverstanden erklären und beschloß fast einstimmig am 6. 8. die Arbeit niederzulegen. Hätte die Firma zu Anfang der Bewegung mehr Verständnis entgegengebracht, so wäre es vielleicht möglich gewesen, auf Grund ihres jetzigen Angebotes zu einer Verständigung zu kommen. Die Forderungen der Arbeiterschaft sind als becheiden zu bezeichnen und trotzdem war sie bereit, sich friedlich zu einigen, und nur kümmerlichen Herzens und aus der Ueberzeugung, daß nur das äußerste Mittel helfen könne, legte die Belegschaft die Arbeit nieder.

### Lohnverhandlungen in der Metallindustrie Südbadens.

Die in Freiburg stattfanden, scheiterten. Die Vertreter der Metallindustriellen forderten, daß die im Rahmenvertrag festgelegte 46-Stundenwoche im ablehnenden Sinne zugunsten der 48-Stundenwoche zur Debatte gestellt werde. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen (Christlicher Metallarbeiterverband und Deutscher Metallarbeiterverband) vertraten demgegenüber den Standpunkt, daß die Frage der Arbeitszeit bei den Verhandlungen, die zwecks Gewährung einer Teuerungszulage einberufen worden waren, momentan keine Rolle zu spielen habe, deshalb, weil zunächst das Kollektivabkommen gelündigt werden müsse, wenn die Industriellen keine wesentliche Änderungen an demselben wünschten. Da die Gewerkschaften mit ihrer Auffassung nicht durchdringen und die Metallindustriellen, bevor sie eine Teuerungszulage bewilligten, strikte zuerst die Anerkennung der 48stündigen Wochenarbeitszeit verlangten, gerieten die Beratungen auf einen toten Punkt. Von den Gewerkschaften wurde das Arbeitsministerium bzw. der Schlichtungsausschuß zur Schlichtung der Streitfrage angerufen.

## Verbandsgebiet

Schaffhausen. In Verbindung mit unserer Essener Gewerkschaftsversammlung, abgehalten am 15. bis 19. August 1920, ist der „Internationale Bund christlicher Metallarbeiterorganisationen“ gegründet worden. An den einzelnen Landesgrenzen muß nun versucht werden, diesen Bund auch praktisch zur Geltung zu bringen. Bekanntlich macht die Gründung von Kartellen und Syndikaten nicht an den Grenzpfählen halt, sondern unsere deutschen Kapitalisten gehen weit darüber hinaus. Jetzt schon macht sich für die Arbeiter aller Länder diese Tatsache unangenehm bemerkbar, indem die Arbeiter der einzelnen Länder gegeneinander ausgepielt werden. Hier heißt es für uns christl. Arbeiter aller Länder: Die Augen auf!

Um nun die Einigkeit mit den schweizerischen christl. Metallarbeiter zu fördern, wurde von unserer Geschäftsstelle Singen a. S., Oberbaden, mit unserm schweizerischen Bruderverband Beziehungen angebahnt. Diese waren umso mehr notwendig, da die Industriegebiete von Singen und Schaffhausen von ein und demselben Unternehmen beherrscht werden. Am Sonntag, den 21. August d. Js. fand in Paradies bei Schaffhausen eine Bezirkskonferenz unjeres Christl. Metallarbeiterverbandes der Schweiz, Kantons Schaffhausen, statt. Zu dieser wurde Kollege Perfer von der Zentrale des genannten Verbandes eingeladen. Mit ihm nahm noch ein weiterer Kollege des Fabrikarbeiterverbandes an der besagten Konferenz teil. Ehe diese überhaupt begann, hatte eine viertelstündige freundschaftliche Aussprache genügt, um die Notwendigkeit unserer Christl. Internationale bei allen Beteiligten darzutun.

Die Konferenz an sich verlief äußerst interessant. Beide Teile haben hier viel gelernt. Wir Singener Kollegen sind hier wiederum einem Land bereicherter auf die Spur gekommen. Denn unsere Kollegen in einem riesigen Großbetriebe mußten sich öfter von der Betriebsleitung den Vorwurf machen lassen, daß ihre Arbeiten in bezug auf Qualität und Quantität gegenüber den Schweizer Arbeiter sehr viel zu wünschen übrig läße. Dasselbe wurde von derselben Betriebsleitung den Schweizer Arbeitern in Schaffhausen gesagt, bei denen waren dann die Deutschen die fleißigsten und tüchtigsten. Die Berührungspunkte mit dem schweizerischen Bruderverband sind sehr vielfältig.



Als Koll. Pfeiffer nun in dieser Konferenz über die wirtschaftliche Lage des badischen Oberlandes berichtete und die Erfolge die gerade unter christlicher Metallarbeiterverbänden in den Kämpfen mit untern Gegnern rechts und links errungen, hervorhob, wurde unter Verband beneidet. In der Schweiz ist der Boden für eine christl. Gewerkschaftsorganisation sehr fruchtbar. Doch sind auch die Kämpfer in den letzten Jahren gewesen und ihre Bedeutung ist während am Wachsen. Ein deutscher christlicher Gewerkschaftler ist bei unsern Kollegen dort ein gern gesehener Gast. Das konnte man an der begeisterten Stimmung erleben, die die Worte des Koll. Pfeiffer auslösten: Ich komme zu Ihnen als Deutscher. Trotz aller Armut sind wir deutsche christl. Gewerkschaftler froh, Deutsche zu sein. Denn wir wissen, daß unsere Aufgabe riesengroß ist und diese Arbeit macht uns froh und stark. Deutschlands Schicksal ist das Schicksal Europas und am Wiederaufbau Deutschlands arbeiten heißt eine Weltmission erfüllen. Diese Mission erfüllt aber auch ein jeder, der mittrifft und mittrifft an dem sozialen Fortschritt seines Volkes.

Diese Worte taten den Anwesenden stichlich wohl, denn jedem Schweizer ist ein stark ausgeprägtes Nationalgefühl eigen und freut sich, wenn seine Kollegen jenseits der Grenze dasselbe ebenfalls öffentlich zum Ausdruck bringen.

Der Kapitalismus hat auch das freieste Volk der Erde, die Schweizer, zu seinen Handlangern machen können. Diese Tatsache wurde auf der Konferenz des öfteren mit Bitterkeit betont. Es wurde auch darüber gesagt, daß der Moloch Krieg auch das Schweizerland schwer geschädigt habe. Seit Monaten herrscht eine Arbeitslosigkeit. Hunderttausende von Arbeitern sind daher dem Hunger und Elend preisgegeben. Bittere Not ist eingetroffen in dem so reich von der Natur gesegneten Lande, trotzdem wurde aber anerkannt, daß die Not der deutschen Arbeiter im Verhältnis dennoch trostlicher ist. Zu unsern kommenden Lohnbewegungen wurde uns moralische und tatkräftige Unterstützung zugesichert.

Aber auch denselben Kampfergeist fanden wir bei unsern Schweizer Kollegen vor, den auch der übergroße Teil unserer deutschen Kollegen besitzt. In Kämpfen sind sie gewachsen und haben sich daher durchgesetzt. Ihre Stimme gilt heute schon mehr bei den Behörden und Unternehmern als die der großen sozialdemokratischen Organisationen. Denn diese haben nämlich verlagert. Anstatt sich mit dem Wohle des Volkes und der Arbeiterklasse zu beschäftigen, streitet man sich um „Moskau“ und „Amsterdam“. Die Folge davon ist, daß eine Massenflucht vor den sozialdemokratischen Gewerkschaften eingeleitet hat. Da aber erkennt unser Bruderverband, daß es jetzt die höchste Zeit ist, die Trümmer dieser Arbeiterbewegung zu sammeln, damit ein Sturmloch gebildet werde gegen die materialistische Futurwelle die das ganze Volk in den Abgrund zu reißen droht. Wie bei uns in Deutschland, so auch in der Schweiz: Bei den sozialistischen Gewerkschaften Massenflucht, bei uns stetige, wenn auch langsame, Aufwärtsentwicklung.

Der hohe Flug von dem die Konferenz getragen war, ließ bei den Teilnehmern den Wunsch laut werden, daß eine solche „internationale“ Zusammenkunft des öfteren veranstaltet werden sollte. Es soll ein Grenzort genommen werden, der es einem großen Teil der Kollegenchaft möglich macht, an einer solchen Zusammenkunft teilzunehmen. Die Pläne sind gut, wenn nur die Schwierigkeiten nicht bestünden. Aber dennoch wollen wir, so drückte sich der 1. Bevollmächtigte unseres schweizerischen Bruderverbandes, Koll. Heil, aus, sein ein einzig Volk von Brüdern — auch wenn Grenzspähle uns trennen — und in keiner Not uns trennen und Gefahr.

Brilon. Interessante Feststellungen. Unter dieser Ueberschrift teilt die rote Metallarbeiter-Tante aus Stuttgart ihren Lesern mit, daß in Brilon ein Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes wegen verschiedener Straftaten verhaftet worden sei. Und im Anschluß hieran wird dann dem Betreffenden allerhand Anduldsamkeit und Bekämpfung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes vorgeworfen und mit frommen Augen-ausschlag ruft sie aus: So steht die Unblamtheit des Zentrumsmetallarbeiterverbandes aus. Darauf sei folgendes gesagt: Der Christl. Metallarbeiterverband hatte bis vor wenigen Monaten in Brilon nicht ein einziges Mitglied. Nur der sozialdemokratische Metallarbeiterverband war dort vertreten. Der Geheimfischer von Hagen weiß ganz genau, daß der Christl. Metallarbeiterverband in Brilon gar keinen Sekretär hat, und daß der Verhaftete mit dem Christl. Metallarbeiterverband absolut nichts zu tun hat. Aber die „Antar“ von Brilon mußte doch gerochen werden. Die dortige Gruppe des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hat sich nämlich anlässlich der letzten Lohnbewegung von ihrer gloriosen Bezirksleitung losgesagt und sich dem Christl. Metallarbeiterverband angeschlossen. Und dafür glaubte man jetzt die Gelegenheit für gekommen, um seinen ergrimten Herzen nochmal Luft zu machen. Wir können uns ja leicht vorstellen, daß es für den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband äußerst unangenehm ist, wenn er vor der Verhandlung den sieggewohnten Eroberer mit, der keine fremde Götter neben sich duldet, der auf eine Anfrage der Firma stolz erklärt: „Die Bestätigung des Christlichen Metallarbeiterverbandes erübrigt sich, da er für ihre Betriebe nicht mehr in Frage kommt“, und wenn dann bei der Verhandlung keiner von den großen Generalen anwesend ist und der Christliche Metallarbeiterverband den Takt allein abspielen muß, weil die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes inzwischen erkannt haben, daß zwischen Reden und Taten ein Unterschied ist, daß die Generalabsichten noch lange nicht den General machen, und deshalb zum Christl. Metallarbeiterverband übergetreten sind, weil sie wissen, daß dort ihre Interessen in der gewissenhaftesten Weise und deshalb auch mit dem denkbar besten Erfolge vertreten werden. Das ist, wie gesagt, unangenehm, aber das rechtfertigt doch nicht, daß man absichtlich irgend eine Person zum Vertreter des Christl. Metallarbeiterverbandes kumpelt und dann durch diese Person den unangenehmen Nebenbuhler zu verdächtigen sucht. Das ist eine unfaire Kampfweise, die wir uns entschieden verbitten müssen. Wir sind doch nicht verantwortlich dafür, wenn die Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes große Lüne redet, und dann im entscheidenden Moment vollständig versagt und wenn dadurch seine Mitglieder des Vertrauens zu ihrer Bezirksleitung verlieren.

Wir glauben kaum, daß durch die oben geschilderte Glanzleistung dieses Vertrauens wiedergewonnen wird.

### Branchenbewegung

#### Zeichenmetallarbeiter.

Am 1. September fanden in Berlin im Bekleidungs des Herrn Reichsarbeitsministers zentrale Lohnverhandlungen für den Bergbau statt.

- Folgende Lohnveränderungen sollen ab 1. September eintreten:
- 1. Im Ruhrgebiet durchschnittlich 10.— M. pro Schicht
- 2. Rheinisches Braunkohlenrevier 10.— " " "
- 3. Aachen (Wurmbach) durchschnittl. 8,50 " " "
- 4. Niederrhein " 7,50 " " "
- 5. Sächsen " 7,50 " " "
- 6. Niederhessen " 6,50 " " "
- 7. Mittelrheinland (Braunkohle) in den Revieren, über 18 Jahre 7,50 M., unter 18 Jahre und Frauen 3,50 M.

Für die Randreviere wurde kein Satz festgelegt.

Für einige noch ausstehende Reviere sollen umgehend Verhandlungen anberaumt werden.

Die Verteilung dieser Sätze soll den einzelnen Reviere übertragen bleiben, wo man möglichst sofort in Verhandlungen eintreten soll.

Im Anschluß an diese Verhandlung fand am 2. September in Berlin eine Konferenz aller im Bergbau in Frage kommenden Organisationen statt, um eine Aussprache über das Verhandlungsergebnis herbeizuführen. In der Konferenz, an der auch ein Vertreter unseres Verbandes teilnahm, wurde hervorgehoben, daß die Bemühungen, zu zentralen Verhandlungen über die Lohnfrage im Bergbau zu gelangen, endlich von Erfolg gekrönt worden sind.

Ueber die Verteilung der Lohnveränderung im Ruhrbergbau haben die Verhandlungen mit dem Zeichenverband bereits am 3. September in Essen stattgefunden und zwar sollen erhalten:

Arbeiter über Tage im Alter von 14 Jahren 0,20 M. pro Stunde	
" " " " " 15 "	0,90 " " "
" " " " " 16 "	0,40 " " "
" " " " " 17 "	0,55 " " "
" " " " " 18 "	0,70 " " "
" " " " " 19 "	1,05 " " "
" " " " " über 20 "	1,35 " " "
Arbeiter unter Tage im Alter von 16 Jahren 4,00 M. pro Schicht	
" " " " " 17 "	4,50 " " "
" " " " " 18 "	5,50 " " "
" " " " " 19 "	8,50 " " "
" " " " " über 20 "	11,00 " " "

Für die Gedingearbeiter sollen 8 M. auf den Grundlohn geschrieben und 5 M. auf das Gedinge verrechnet werden.

Diese Verhandlungen sind noch nicht vollkommen abgeschlossen, da die verschiedenen Organisationen zunächst zu dem gesamten Ergebnis Stellung nehmen werden. Unsererseits fand am 11. September eine große Zeichenhandwerker- und Tagesarbeiterkonferenz der christlichen Berufsverbände statt, über deren Verlauf wir berichten werden.

#### Elektriker.

Duisburg. Die Ortsverwaltung Duisburg unseres Verbandes machte vor kurzem den Versuch, durch einen Elektriker-Kursus die Kenntnisse ihrer Mitglieder zu erweitern und gleichzeitig dadurch die Berufstüchtigkeit der Kollegen zu heben. Heute kann gesagt werden, daß dieser Versuch einen vollen Erfolg hatte. 70 Teilnehmer hatten sich zu diesem Kursus gemeldet, von denen der größte Teil auch bis zum Schluß teilnahm. Trotz der Schwierigkeit — herangezogen durch das Dreischichtensystem, — waren durchschnittlich 40-50 Kollegen anwesend. Der Kursus wurde abgehalten in der Maschinenbauhalle, durch Herrn Studienrat Heuberg, der durch die Benutzung aller modernen Apparate und Einrichtungen einen praktischen Anschauungsunterricht erteilte. Mit großem Interesse wurden die Ausführungen und Versuche seitens der Teilnehmer verfolgt. Am 17. Abenden wurde in 3 größeren Abschnitten vorgeführt:

1. Grundlagen der Elektrotechnik.
2. Magnetismus und Elektromagnetismus.
3. Lichtquellen.

Am dem Schlußabend waren alle Kollegen hoch befriedigt von dem Erfolg des Kursus. In warmen Worten wurde dem Kursleiter von der Ortsverwaltung wie auch den Kollegen der Dank ausgesprochen. Absichtlich wurde der Wunsch geäußert, im kommenden Winter eine Fortsetzung des Kursus abzuhalten. Mögen alle Kollegen hieraus ersehen, daß der christliche Metallarbeiterverband auch praktische Bildungsarbeit betreibt im Interesse seiner Mitglieder.

#### Zu der Lohnbewegung der Kettenhämmer.

Nachdem vom deutschen Kettenverband der bestehende Kettenhämmerlohn zum 15. August 1921 gekündigt worden ist, waren die Kettenhämmer sich nicht klar, welchen Zweck der Kettenverband verfolgte. Aufklärung gab die am 30. Juli stattgefundene Verhandlung, wo der deutsche Kettenverband einen Lohnabzug von 10 Prozent auf Schiffs- und Rollenketten und 20 Prozent auf Handelsketten ankündigte. Damit wurden die Kettenhämmer in starke Erregung gebracht. Wie der deutsche Kettenverband Lohnabzug und verkehrte Lebenshaltung zusammen in Einklang bringen will, darüber herrscht völlige Unklarheit. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kettenhämmer näher beleuchtet werden. Um Qualitätsware herstellen zu können, bedarf der Kettenhämmer eines einwandfreien Materials. Wie es heute aber damit bestellt ist, kann jeder Fachmann beurteilen. Ein wesentlicher Faktor bei Herstellung der Ketten sind die dazu verwendeten Brennstoffe. Dieselben sind aber heute überaus schlecht, bis zu 75 Prozent verstaubt. Welche Auswirkung dieses auf ein fortwährend zu benutzendes Schmiedebeschwert verursacht, kann kein Laie sich erklären. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, wenn ab und zu die Nachricht durch die Presse geht, daß durch zerreißen einer Kette, Menschenleben in Gefahr, ja sogar Todesfälle von Arbeitkollegen zu verzeichnen sind. Gedankenlos Menschen geben den Kettenhämmer die Schuld, ohne darüber nachzudenken, welches die eigentlichen Ursachen sind. Da gibt es nur eine Antwort an den deutschen Kettenverband. Gebt den Kettenhämmer die erforderliche Zeit und einen angemessenen Lohn, damit sie gute Ware herstellen können.

Bei den heutigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen, wo es nur ein draußlos arbeiten gibt, wo einigermassen soviel zu verdienen, wie zum Leben notwendig ist, ist das einfach unmöglich. Die gesundheitlichen und sanitären Einrichtungen sind in manchen Betrieben die denkbar schlechtesten. In engen Räumen, Feuerstelle an Feuerstelle, muß der Kettenhämmer in unmittelbarer Nähe eines fast angezündeten Schmiedehaufens, von Schweiß durchdrückt, die schwere Arbeit verrichten. Die Luft ist während der Arbeitszeit mit Gas und Staub durchdrungen. Ventilationen sind im allgemeinen nicht vorhanden. Ebenso keine Wasch- und Badeeinrichtung. Die Zustände stellen große Anforderungen an den menschlichen Körper, die nur durch reichlich gute Nahrung ausgeglichen werden kann.

Nach einer vorliegenden Statistik, welche circa 4000 Kettenhämmer umfaßt, beträgt das Durchschnittsalter 29,6 Jahre. Daraus ist zu ersehen, daß die Kettenhämmerarbeit nur im besten Mannesalter verrichtet werden kann. Die große Volkstrennung, Schwindlust hat im Kettenhämmerberuf schon manches Opfer gefordert. Es muß hier einmal öffentlich ausgesprochen werden, wie es den Kettenhämmer ergeht, wenn sie 50 Jahre alt geworden sind. In ganz seltenen Fällen ist derselbe noch in der Lage, seine Berufsarbeit auszuführen. Dann bleibt ihm nichts anderes übrig, als ein anderes Fortkommen zu suchen. Es müßte sein, daß er von der Firma weiter im Tagelohn gebudelt wird, sonst hat er nach dem Vergnügen der öffentlichen Wohlthatspflege zur Last zu fallen. Das gibt doch zu mancherlei Bedenken Anlaß. Zu den Löhnen selbst diene folgendes: Der Durchschnittslohn beträgt über 21 Jahre 4,60 bis 8 Mark die Stunde. Die Schwankungen finden ihre Erklärung in den einzelnen Kettenarten. Wie da der deutsche Kettenverband zu dem Gedanken „Lohnbar“ kommen kann, bleibt nach wie vor ein Rätsel. Die Kettenhämmer sind nicht gewillt, bei der jetzt einsetzenden verteuerten Lebensweise von ihren gerechten Forderungen Abstand zu nehmen. Sie werden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen ihren Willen durchzusetzen. Deshalb muß allen Kettenhämmer zugestanden werden, heißt durch eure Gebührensheit dazu beitragen, daß es möglich ist, ein menschenwürdiges Dasein führen zu können.

Soeben erschienen:

**Die Regulatoren der Kolben-Kraftmaschinen**  
 Von Dipl.-Ing. P. Zemke  
 Studienrat der staatl. höh. Maschinenbauhschule Breslau.  
 Preis 27 Mark.

**Gesetze u. Verordnungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen und über die Ausbildung von Kraftfahrzeug-Fahrern**  
 Preis 12 Mark.

Preisliste 137 kostenlos u. portofrei.

**Oskar Leimer, Leipzig**  
 Buchhandlung für Technik  
 Königstraße 26B.

Die neue haarschonende **Rasierseife LEOSIRA**

ermöglicht auch bei sprödem Barthaar und empfindlicher Haut ein leichtes, angenehmes Rasieren. Sieht schmerzhaftes Brennen der Haut nach dem Rasieren. Gabelhals Schaumkraut. Parfüm im Gebrauch, ohne dem blauen Preis 3.20. Wie Sie die bekannte Gabelhals-Jahnsche kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Rasierseife. Genll. durch Laboratorium LEO, Dresden-N. 9.

**Kein schmerzhaftes Rasieren mehr!**

### Tücht. Gußpuker gesucht,

welcher auch die Abnahme des Fertiggusses übernimmt. Unverheiratete bevorzugt, Wohnung und gute Verpflegung im Ledigenheim des Werkes.

Angebote sind zu richten an die Expedition dieses Blattes unter Nr. 100.

### Wichtige Fachlehrbücher

sind: Elektrotechnik für Praktiker M. 11.—, Werkstattwinke für den praktischen Maschinenbau M. 19,50, Schul- und Verwertung von Erfindungen M. 9,50, Störungen an Betriebsmaschinen M. 11.—, Störungen an elektr. Maschinen M. 12.—, Leitaden der drahtlosen Telegraphie M. 9,50, Elektr. Beleuchtungstechnik M. 11.—, Ausnutzung der Windkräfte M. 14.—, Maschinenpflege M. 2.—, Prüfung der Eisen- und Stahlsorten M. 2,50, Herstellung der Gewinde und Gewindecn Werkzeugzeuge M. 2.—, Berechnung der Federn M. 14,50, Kohlensparnis bei Industrieteuerungen M. 2,50, Zeitgemäße Ingenieur-Ausbildung M. 4,50. Wie erlange ich in kurzer Zeit eine schöne und geläufige Handschrift M. 4.—, Oegen Nachnahme. Akademisch-Technischer Verlag, Frankfurt a. M., West 8.

### Rippen Tabak

garantiert rein überseeische Ware

Als Grobschnitt Mk. 11.— pro Pfd.  
 Als Feinschnitt Mk. 12.— pro Pfd.

einschl. Banderole, in 1/2-Pfd.-Paketen verpackt.

### Zigarren

Fabrikation

in allen Preislagen aus nur la überseeischen Tabaken. Jedes Quantum lieferbar!

Besonders günstiges Angebot! Bei größeren Posten gewähre Rabatt.

### Freih Osterloh, Zigarren-Fabrik

Vlotho i. W. - Bönneberg

Basteln Sie? So verlangen Sie Gratis-Prospekt unserer 1000fach bewährten

### Universal-Tischhobelbänke D. R. G. M.

Schrader & Co., Leipzig 33-102

### Der moderne Metallarbeiter

Rolger I. Dreher, Schlofer u. Maschinenbauer, 403 S. 150 Abb. 57 Tab. M. 25.—  
 Die Dreher, Nachschneidung f. d. aramie-Fräse, 298 S. 144 Abb. 33 Tab. M. 20.—  
 Die Werkzeugmaschinen, Lebz. 3. Aufl. 2. Aufl. u. 2. Aufl. b. Werkzeugen f. Maschinenbau, 200 S. 135 Abb. 25 Tab. M. 20.—  
 Gestaltung f. Maschinenbau u. mod. Arbeitsmethoden, 304 S. 170 Abb. 22 Tab. M. 25.—  
 Wobst-Maschinen, enthält 10 gerich. Zeichn. u. 4 Tafeln nebst Erläuterung en. M. 25.—  
 In einigen Wochen erscheint: Praktisches Maschinenzeichnen, Maschinens Zeichn. u. Anfertigung u. Lesen techn. Zeichnungen, 150 Abb. 7 Tab. 4 Tafeln, M. 2.—  
 Jedes Buch gebunden ohne Zusatzengebühren!

Edm. Herrmann, Abt. 34, Berlin, Fruchtstraße 51

Tüchtige und erfahrene

### Dreher, Schlosser u. Mechaniker

müssen unbedingt auch im Besitze des Handbuchs „Das Gewinde“ sein. Preis per Nachnahme 10,50 Mark.

Wilhelm Schuler, Technischer Verlag  
 Augsburg 6, Imhofstraße 79

# Der Kampf

um die christliche Weltanschauung geht auch um die christlichen Gewerkschaften. Holt euer Rüstzeug!

Der erste Band der „Bücher der Arbeit“

## „Christentum und soziale Idee“

gibt euch Waffen!

Steif gebunden, 100 Seiten, für unsere Kollegen 5 M., Ladenpreis 6,50 M.

Bezug: Echo-Verlag Duisburg, Musfeldstraße 15 oder Duisburg, Stapelfor 17